

Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven

Präambel

„Bildung und Qualifizierung sind die Grundlagen unseres Wohlstands. Talente, Fähigkeiten und Fertigkeiten und das, was wir daraus machen, werden entscheidend sein auf unserem Weg in die Zukunft. Wir können es uns nicht länger leisten, auf Talente und Begabungen zu verzichten. Deshalb müssen junge Menschen, die am Anfang des Berufslebens stehen, eine Perspektive erhalten. Von der Ausbildung und Qualifizierung unserer Jugend hängt die Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt ab. Der dualen Ausbildung kommt für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine herausragende Bedeutung zu.“

Die Partner im Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven haben seit Jahren gemeinsame Aktionen zur Erreichung dieser Zielsetzung unternommen. Die derzeitige Situation auf dem Ausbildungsmarkt in Bremen und Bremerhaven ist allerdings weiterhin angespannt. Sie erfordert neue Anstrengungen aller Verantwortlichen, um den jungen Menschen eine Perspektive für ihre berufliche Zukunft und die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben. Der Einstieg in das Berufsleben darf nicht durch fehlende Ausbildungsplätze verhindert werden.

Die Partner im Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven bekennen sich zu ihrer Verantwortung.

- Sie begrüßen nachdrücklich den von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden am 16. Juni 2004 vereinbarten „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“. Dort verpflichten sich die Partner inhaltlich für die Dauer von drei Jahren gemeinsam und verbindlich, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen und –fähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Dabei bleibt die Vermittlung in das duale Ausbildungssystem vorrangig. Doch auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen sollen Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben erhalten. Die Verabredungen auf Bundesebene werden mit Sofortmaßnahmen für das Jahr 2004 auf die Situation in Bremen und Bremerhaven angepasst und umgesetzt.
- Sie verabreden, an erfolgreiche Initiativen der letzten Jahre zur Verbesserung der Situation auf dem bremischen Ausbildungsmarkt und Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen anzuknüpfen und diese gemeinsam weiterzuentwickeln und auszubauen. Bei den Vorhaben wird, wie bisher auch, auf die angemessene Berücksichtigung von Belangen junger Frauen geachtet.
- Sie sind sich einig, dass darüber hinaus mittelfristig Innovationen im System der Beruflichen Bildung initiiert werden sollten, damit durch eine Qualitätsoffensive eine dauerhafte Lösung der Ausbildungsplatzsituation im Land Bremen erreicht werden kann.

Mit diesen Zielsetzungen beschließen sie für die Dauer von drei Jahren einen „Regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven“ Im einzelnen werden folgende Ziele und Maßnahmen verbindlich verabredet:

1. Umsetzung des Nationalen Paktes in Bremen und Bremerhaven

Der Erfolg des auf Bundesebene geschlossenen Paktes hängt entscheidend von der Einwerbung neuer Ausbildungsplätze und der Bereitstellung von Einstiegsqualifizierungsangeboten für benachteiligte Jugendliche ab. Darüber hinaus wird vor allem die Berufsvorbereitung der Jugendlichen durch eine engere Zusammenarbeit von Schule, Wirtschaft und Berufsberatung verbessert.

Erste Verabredung: Einwerbung neuer Ausbildungsplätze

Bezugnehmend auf das im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs verbindlich genannte Ziel, neue Ausbildungsplätze bereitzustellen, bedeutet dies für das Land Bremen die Einwerbung von ca. 280 neuen Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft und 148 Ausbildungsplätzen im Öffentlichen Dienst und seinen Eigengesellschaften. Die Einwerbung neuer Ausbildungsplätze ist besonders wichtig, um die aus wirtschaftlichen und anderen Gründen entfallenden Ausbildungsplätze weitestgehend zu kompensieren bzw. die Zahl der Ausbildungsplätze möglichst zu erhöhen.

Zur Erreichung dieser Zielvorgabe dienen folgende Maßnahmen der Bündnispartner:

- Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplatzwerber;
- Koordinierung in der gezielten Ansprache von Unternehmen;
- Ausbildungsappelle an bereits ausbildende Unternehmen im Land Bremen;
- spezielle Ansprache ausländischer Unternehmer durch Einbindung von BQNplus und anderen Partnern;
- gezielte Ansprache von Existenzgründern, jungen Unternehmern und nicht ausbildenden Unternehmen;
- Beratung von Unternehmen, die in den neuen Ausbildungsberufen ausbilden bzw. ausbilden können;
- regionale Werbekampagnen zur Gewinnung neuer Ausbildungsunternehmen durch Zusammenarbeit mit Radio Bremen, Artikelserien in den Medien etc.

Zweite Verabredung: Einwerbung von betrieblichen Angeboten zur Einstiegsqualifizierung

Bezugnehmend auf die im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs genannte Zahl von 25.000 Plätzen für die Einstiegsqualifizierung bedeutet dies für das Land Bremen die Einwerbung von ca. 240 Plätzen.

Bewerber mit eingeschränkten Vermittlungschancen erhalten das Angebot einer sechs- bis zwölfmonatigen betrieblichen Einstiegsqualifizierung mit Zertifikaten der zuständigen Stellen. Einstiegsqualifizierungen werden zunächst in den zehn wichtigsten Schlüsselbranchen bereitgestellt.

Zur Versorgung der Bewerber mit eingeschränkten Vermittlungschancen, die nach den Nachvermittlungsaktionen keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, bietet die Wirtschaft als Brücke zur Berufsausbildung erstmals im Ausbildungsjahr 2004 eine neu entwickelte Einstiegsqualifizierung an.

Die Konzepte zur Einstiegsqualifizierung werden zwischen den regionalen Agenturen für Arbeit, den zuständigen Stellen, den Wirtschaftsunternehmen und dem Senator für Bildung und Wissenschaft abgestimmt.

Dritte Verabredung: Datenabgleich zwischen den zuständigen Stellen und den regionalen Agenturen für Arbeit

Gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit und den zuständigen Stellen werden Maßnahmen ergriffen, um mehr Transparenz auf der Bewerber-/innen- und Ausbildungsstellenseite zu schaffen. Der Datenabgleich dient zur Aktualisierung der Datengrundlagen im Vermittlungsprozess. Die Vermittlungsbemühungen werden anschließend auf die Bewerberinnen und Bewerber konzentriert, bei denen der Bewerbungswunsch fortbesteht.

Um den Partnern den Überblick zu erleichtern, werden alle eingeworbenen Ausbildungsstellen und die betrieblichen Angebote zur Einstiegsqualifizierung den Agenturen für Arbeit mitgeteilt. Die Agenturen für Arbeit verpflichten sich, die Vermittlung in Plätze zur Einstiegsqualifizierung zusätzlich zu ihrer Aufgabe der Ausbildungsstellenvermittlung zu übernehmen.

Für diejenigen Jugendlichen, die noch nicht ausbildungsfähig sind, greifen andere Maßnahmen außerhalb des verabredeten Paktes.

2. Verstärkung erfolgreicher Initiativen in der Freien Hansestadt Bremen

Die Partner des Regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven können auf erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt zurückgreifen und diese weiterentwickeln.

Die Maßnahmen und Programme tragen insbesondere zur Verstärkung der Zusammenarbeit der betrieblichen Ausbildungspartner, zur Unterstützung des Ausbildungsmanagements sowie zur Verbesserung der schulischen Berufsorientierung bei. Damit wird die Einwerbung neuer Ausbildungsplätze und die Erschließung von betrieblichen Plätzen zur Einstiegsqualifizierung für benachteiligte Jugendliche auch weiterhin nachhaltig unterstützt.

Vierte Verabredung: Verstärkung der Ausbildungskooperationen

Das Landesprogramm zur „**Schaffung von Ausbildungsplätze in betrieblichen Verbänden**“ wird mit neuen Fördervorgaben, die zum August 2004 In Kraft Treten, fortgesetzt. Dabei wird die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Umland - entsprechend einer Vereinbarung zwischen der niedersächsischen Landesregierung und dem Bremer Senat vom 11. November 2003 - ausgebaut. Die Förderkonditionen für die Unternehmen der Region werden vereinheitlicht und die sog. Landeskinderregelung entfällt. Das gesamte Antragsverfahren wird erheblich verschlankt und vereinfacht. Die Beteiligten gehen davon aus, dass über dieses Programm jährlich ca. 90 Ausbildungsplätze in Unternehmen, die nicht alleine ausbilden können, geschaffen werden.

Mit der Gründung der **Ausbildungsinitiative Bremen / Bremerhaven (AiBB)** verfolgen die Organisationen der bremischen Wirtschaft das Ziel, duale Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche zu schaffen. Dies soll nach dem Vorbild einer Wolfsburger Initiative erfolgen, die als Good Practice Beispiel auch in der Datenbank des Bundesinstituts für Bildung (BiBB) gelistet ist. Es ist derzeit geplant, jährlich 80 - 100 Jugendliche durch diese Initiative in eine duale Ausbildung zu bringen. Die Initiative wird eine gemeinnützige Rechtspersönlichkeit gründen, die den benachteiligten Jugendlichen als Ausbildungsvertragspartner zur Verfügung steht.

Die Ausbildungsinitiative Bremen / Bremerhaven ist für weitere Partner offen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Bremen / Bremerhaven oder Einzelgewerkschaften, wie beim Wolfsburger Modell, prüfen, wie sie die Zielsetzung der Initiative unterstützen können. Perspektivisch ist ferner daran gedacht, in diesen Verbundansatz das niedersächsische Umland mit einzubeziehen. Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer und die Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. haben bereits grundsätzlich ihr Interesse bekundet.

Das „**Bremer Landesprogramm zur Schaffung von Ausbildungspartnerschaften und Lernortverbänden**“, mit dem allein im Jahr 2003 100 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden konnten, wird fortgesetzt. Mit diesem Programm werden neue, in der Regel branchenbezogene Kooperationen zwischen Unternehmen, Berufsschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven unterstützt.

Durch Ausweitung der Kapazität der Kernverwaltung, den Sonderhaushalten und den Wirtschaftsunternehmen stellt der **Bremische Öffentliche Dienst** in 2004 148 zusätzliche Ausbildungsplätze in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung.

Fünfte Verabredung: Unterstützung des Ausbildungsmanagements

Eine wichtige Dienstleistung zur Besetzung von Ausbildungsplätzen und Schaffung von neuen Angeboten, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen ist die Unterstützung bei der organisatorischen Rahmenbedingungen und Klärung von Anforderungen an die persönlichen Eingangsvoraussetzungen. Für diese Aktionen sollen alle bis dahin noch nicht vermittelten Jugendlichen einen Bewerbungstest durchlaufen haben. Alle bedingt ausbildungsfähigen Jugendlichen erhalten das Angebot einer Einstiegsqualifizierung oder ein Angebot im Bereich der Berufsausbildungsvorbereitung.

Die Unterzeichner haben sich auf folgende Maßnahmen verständigt:

- Ausbau der **Eignungsfeststellung** durch die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven;
- Nutzung der Dienstleistungen der zentralen und einheitlichen Anlaufstellen der „**Ausbildungsbüros**“ in Bremen und Bremerhaven;
- Einwerbung von neuen Ausbildungsplätzen durch zusätzliche **Ausbildungsplatzwerberinnen und Ausbildungsplatzwerbern**, die bei den zuständigen Stellen für die Dauer des Paktes eingestellt werden;
- Verabredung gemeinsamer „**Nachvermittlungsaktionen**“
Die erste Vermittlungsaktion mit dem speziellen Ziel, noch freie Ausbildungsplätze zu besetzen, wird Mitte September 2004 in Bremen und Bremerhaven in den Räumen der Agenturen für Arbeit durchgeführt.
Eine weitere Nachvermittlungsaktion der Partner soll Mitte Oktober 2004 in den Räumen der Handelskammer Bremen und der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven durchgeführt werden;
- Einwerbung von neuen Ausbildungsplätzen durch Entlastung der Unternehmen von Aufgaben des **Ausbildungsmanagements**
Über die Projekte EXAM, EXAM-plus und STARegio werden seit einem Jahr sehr erfolgreich neue Ausbildungsplätze in Industrie, Handwerk, Handel und Freien Berufen akquiriert. Diese Vorhaben werden fortgesetzt, in Bremerhaven wird die gute Zusammenarbeit mit dem „Ausbildungspool Bremerhaven“ ausgebaut.

Sechste Verabredung: Verbesserung der schulischen Berufsorientierung

Der Senator für Bildung, die zuständigen Stellen, die Agenturen für Arbeit und die Unternehmen verbessern die schulische Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen. Konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einführung des Berufswahlpasses, werden bis Oktober 2004 abgestimmt.

Siebte Verabredung: Duale Ausrichtung der Berufsvorbereitung

Im Jahr 2004/2005 werden insgesamt fast 3.900 Plätze angeboten werden, das ist gegenüber 2003/2004 eine Steigerung von mehr als 650 Plätzen. Durch die Erhöhung der Praxisanteile in den schulischen Maßnahmen und Verbesserung der Durchlässigkeit und Transparenz der Angebote wird die duale Ausrichtung der Berufsvorbereitung sichergestellt. Wichtiger Bestandteil ist die konzeptionelle Integration der neuen gesetzlichen Möglichkeiten zur Modularisierung und die wechselseitige Anerkennung bereits vermittelter Inhalte. Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung hat zu diesem Thema eine eigene Arbeitsgruppe mit dem Ziel, ein gemeinsames Fachkonzept bis Ende September 2004 zu verabreden, eingesetzt.

Achte Verabredung: Zentrale Erfassung der Vorgaben

Die Bündnispartner verabreden, dass die Verabredungen des Regionalen Paktes unter Nutzung der Vorgaben auf Bundesebene und der Controllingsysteme des Landes Bremen kontinuierlich geprüft werden.

Alternativer Vorschlag:

Achte Verabredung: Überprüfung der Verabredungen

Die Bündnispartner vereinbaren, dass die Verabredungen des Regionalen Paktes zweimal jährlich im Rahmen der Ausbildungsmarktkonferenzen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven erfolgen. Für die Überprüfung werden die Vorgaben auf Bundesebene und die bewährten Berichterstattungen auf Landesebene genutzt.

3. Bremische Initiative Innovative Berufsbildung (Arbeitstitel)

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Paktes möchten neben den vereinbarten kurzfristigen Maßnahmen mittelfristig erreichen, in Bremen und Bremerhaven ein zukunftsfähiges und modernes Berufsausbildungssystem mit einem wachsenden Anteil dualer Ausbildung zu realisieren.

Im Interesse der Jugendlichen und der bremischen Wirtschaft werden unter dem Motto „Qualifizieren statt Versorgen – Innovation statt Subvention“ drei Hauptziele verfolgt:

- Erhöhung der Attraktivität und Qualität der Berufsausbildung;
- Senkung der Ausbildungskosten / Erhöhung des Nutzens der Ausbildung;
- höhere Ausschöpfung der Ausbildungspotenziale der Bremischen Wirtschaft für ausbildungsfähige und ausbildungswillige junge Menschen.

Hierzu wird ein Bündel von aufeinander abgestimmten Maßnahmen vorgeschlagen, die alle auf die „duale Qualifizierung für den Wirtschaftsstandort Bremen“ ausgerichtet sind:

- Entwicklung und Einführung eines einfach zu handhabenden Instruments zur Ermittlung der Kosten und des Nutzens von Ausbildung;
- Beispiele guter Ausbildungspraxis;
- Etablierung einer Evaluations- und Qualitätssicherungspraxis;
- Verstärkung der Ausbildungs- und Lernortkooperationen;
- Verstärkung des regionalen Berufsbildungsdialoges;
- Verbesserung des Übergangs von Schule in die Berufsausbildung;
- Einführung von „Entrepreneurship“ als Ausbildungsinhalt;
- Schließung der Unternehmerlücke im Handwerk;
- Qualifizierung von Ausbildern/-innen, Berufsschullehrern/-innen, Personalentwicklern/-innen, Ausbildungsberatern/-innen;
- Verbindung der dualen Ausbildung mit der Fachschul- und Fachhochschulausbildung.

Die Partner des Paktes werden eine eigene Arbeitsgruppe zur Definition der Umsetzung der Maßnahmen einrichten.

4. Verständnis der Partner

Durch die Unterzeichnung des Regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs streben die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eine partnerschaftliche Umsetzung des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs im Land Bremen an, wobei sie an die bisherige erfolgreiche und vertrauensvolle Arbeit im Bremer Bündnis für Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit anknüpfen. Die Partner werden die Umsetzung des Regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven nach Kräften fördern. Für den Fall, dass der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs endet, werden sich die Partner des Bremischen Paktes über die Fortführung geeigneter Maßnahmen verständigen.

Bremen, den 30. Juni 2004

Willi Lemke
Senator für Bildung und Wissenschaft

Karin Röpke
Senatorin für Arbeit, Frauen,
Gesundheit, Jugend und Soziales

Jörg Schulz
Oberbürgermeister der
Stadt Bremerhaven

Dr. Patrick Wendisch
Präses der Handelskammer Bremen

Ingo Kramer
Vizepräsident der Industrie-
und Handelskammer Bremerhaven

Peter Keck
Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer Bremen

Ingo Kramer
Präsident der Unternehmensverbände
im Lande Bremen e.V.

Ingo Kramer
stellvertretender Vorstands-
vorsitzender des Arbeitgeber-
verbandes Bremerhaven

Ellinore Piepenbrock-Führer
Vorsitzende des Arbeitgeber-
verbandes Handwerk Bremen e.V.

Sieghardt Reinhardt
Kreishandwerksmeister der
Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-
Wesermünde

Günter Dahlbeck
Geschäftsführer des Arbeitgeber-
verbandes Handwerk Bremen e.V.

Hans Driemel
Präsident der
Arbeitnehmerkammer Bremen

Helga Ziegert
Vorsitzende des DGB
Region Bremen / Bremerhaven

Christian Hawel
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Agentur für Arbeit Bremen

Berndt Wozniak
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Agentur für Arbeit Bremerhaven